

DIE EUROPÄISCHE INTEGRATION: EINE DRINGLICHKEIT FÜR DIE SCHWEIZ!

Ohne institutionelles Rahmenabkommen gerät die Schweiz in eine Sackgasse. Die Nebs fordert einen raschen Abschluss der Verhandlungen und zugleich die Wiederaufnahme der EU-Beitrittsdiskussion – als glaubwürdige Alternative zum bilateralen Weg und als letzte Etappe des notwendigen Integrationsprozesses der Schweiz.

Mit dieser Roadmap will die Neue Europäische Bewegung Schweiz (Nebs) zur **Wiederbelebung der europäischen Integration der Schweiz** beitragen. Diese Stellungnahme kommt zu einem Zeitpunkt, in dem das Land nicht in der Lage scheint, seine europäische Bestimmung selbst in die Hand zu nehmen. Angesichts dieser inakzeptablen Blockade unterbreitet die Nebs **acht Vorschläge auf politischer und gesellschaftlicher Ebene**.

Die Beziehungen zur Europäischen Union (EU) sind in der aktuellen Form nicht gesichert und das Risiko der Abschottung der Schweiz nimmt zu. Die Nebs fordert daher, dass die Verhandlungen über ein institutionelles Rahmenabkommen intensiviert werden. Denn es schliesst sich das Zeitfenster, in dem die Schweiz von einer massgeschneiderten Lösung profitieren kann. Scheitert der bilaterale Prozess, bleibt als einzige glaubwürdige Alternative der Schweizer Beitritt zur EU – welchen die Nebs seit ihrer Gründung angestrebt hat und weiterhin mit Überzeugung

bevorzugt. Eine unverzügliche (Wieder-)Aufnahme der Diskussion dazu ist dringend notwendig. In den Auseinandersetzungen zwischen Nationalismus und europäischer Integration, die unseren Kontinent heimsuchen, fordert die Nebs die Schweiz auf, sich für eine Seite zu entscheiden: Die Schweiz soll beitragen zum Erfolg der EU, von der ihr eigener Erfolg abhängt. Neben diesen dringenden Schritten schlägt die Roadmap der Nebs verschiedene Massnahmen vor, um die Information und die Debatte zu europäischen Themen voranzutreiben.

Die Nebs engagiert sich täglich für die Weiterentwicklung der europäischen Integration der Schweiz. Mit ihren Publikationen, der Veranstaltung von Debatten und Konferenzen in der ganzen Schweiz, ihrem internationalen Netzwerk und ihrer politischen Lobbyarbeit wird sie die europäische Integration weiter vorantreiben, von deren Bedeutung sie mehr denn je überzeugt ist.

Vision und Positionen

- **Rechtssicherheit:** Die Sicherung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU ist dringend erforderlich;
- **Echte Souveränität:** Nur die Vollmitgliedschaft in der EU wird die Souveränität der Schweiz und ihrer BürgerInnen wahrhaft stärken;
- **Solidarität mit der EU:** Die Schweiz ist zutiefst europäisch und hat die Pflicht zur Solidarität mit der EU.

Politische Vorschläge

1. Verbesserung der Führung in der Europapolitik;
2. Zugang zum europäischen Markt sicherstellen;
3. (Wieder-)Aufnahme der Beitrittsdebatte;
4. Evaluation der europäischen Beziehungen.

Gesellschaftliche Vorschläge

5. Förderung europäischen Denkens;
6. *Fake News* bekämpfen;
7. Schweizer Parlament und EU-Parlament verbinden;
8. Austausch mit den BürgerInnen über die Zukunft der EU.

EINFÜHRUNG UND POLITISCHE SITUATION

Weichenstellung

Zwanzig Jahre nach ihrer Gründung präsentiert die Nebs eine Roadmap, welche die Analysen der Bewegung zusammenfasst und Vorschläge für die Zukunft der europäischen Integration macht. Diese Stellungnahme kommt in einer Zeit, wo die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU in einer Krise stecken. Heute scheint die Schweiz ausserstande, ihr europäisches Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. **Angesichts dieser Blockade will die Roadmap der Nebs eine starke und klare Stimme sein, die dazu beiträgt, die Weichen für eine zukunftsfähige Partnerschaft zu stellen.**

Blockaden der Beziehungen Schweiz-EU

Seit mehr als zwanzig Jahren dreht sich die Schweizer Europa-politik im Kreis. Einerseits hat die Schweiz, weil es in ihrem Interesse liegt, ihre Zusammenarbeit mit der EU verstärkt. Andererseits gefährdet wachsender Nationalismus die von ihr selbst angestrebten bilateralen Abkommen. Infolgedessen tritt die Schweiz auf der Stelle, hin- und hergerissen zwischen europäischen Realitäten und Abschottungsbedürfnis, und riskiert bei Abstimmungen regelmässig eine Verschlechterung der Beziehungen. Die EU ihrerseits sieht keine Zukunft in einer Beziehung, die auf der Anhäufung statischer sektorieller Abkommen beruht.

Um eine effektivere und dynamischere Beziehung aufzubauen, haben sich die Schweiz und die EU auf den Abschluss eines institutionellen Rahmenabkommens geeinigt. Dieses sollte den Zugang der Schweiz zum europäischen Binnenmarkt übergreifend regeln. Doch nach zehn Jahren Diskussion und fünf Verhandlungsjahren ist dieses Rahmenabkommen immer noch in der Schwebe. Schlimmer noch: Es gibt in der Schweiz keinen Konsens über den möglichen Inhalt des Abkommens. Dies ist ein Misserfolg mit schwerwiegenden Folgen: **Die Beziehungen der Schweiz zur EU sind heute nicht gesichert.** Sie verschlechtern sich. Der Zugang der Schweiz zum europäischen Binnenmarkt ist nicht garantiert und die Isolation nimmt zu.

Die EU unter Druck

Auf europäischer Ebene kämpfen die Populisten gegen das Lager der Vernunft. Die EU wird durch wiedererstarkte nationalistische Ideologien und autoritäre Regimes von aussen und innen angegriffen. Darüber hinaus übt der Brexit Druck auf den europäischen Zusammenhalt aus. Die vollständige Lähmung der EU oder gar eine Implosion sind nicht länger auszuschliessen.

Die Schweiz ist davon direkt betroffen. Im Herzen Europas gelegen, kann sie diese Entwicklungen nicht ignorieren. Denn der Erfolg der Schweiz hängt zu einem grossen Teil ab vom Erfolg der EU.

Angriffe auf das Völkerrecht und den Multilateralismus

Auf der ganzen Welt werden Völkerrecht und Multilateralismus angegriffen. **Autoritäre Regimes und Souveränisten sabotieren derzeit multilaterale Organisationen und stellen das Völkerrecht in Frage,** das insbesondere Grundrechte gewährleistet. Auf der wirtschaftlichen Ebene ist der Protektionismus zurückgekehrt.

All dies gefährdet auch die Schweiz. Nach aussen hin braucht sie die Garantien des Völkerrechts, um ihre Sicherheit und ihren Wohlstand zu wahren. Auf nationaler Ebene greift die Schweizerische Volkspartei ständig die von der Schweiz ratifizierten internationalen Verträge an und versucht, die Schweiz zu isolieren.

Die Schweiz muss sich für eine Seite entscheiden

Angesichts der vielen Krisen, weltweit und in unserer Nachbarschaft, ist die Schweiz seltsam passiv. Sie setzt aufs Abwarten und hofft, die Probleme würden sich von selbst lösen, ohne uns irgendwie zu verpflichten.

Diese Untätigkeit ist nicht akzeptabel. Die Schweiz kann die Welt nicht als blosser Zuschauerin durchs Fenster betrachten. Sie darf angesichts der Herausforderungen, vor denen die EU steht, nicht untätig bleiben. **Zwischen der Rückkehr der Nationalisten und der Wiederbelebung der europäischen Integration muss sie Verantwortung übernehmen und Position beziehen!**

VISION UND POSITIONEN

Rechtssicherheit

Die Zeit der sektoriellen und statischen bilateralen Abkommen ist abgelaufen. Schwerfällig, komplex, unklar, unzureichend für neue Vereinbarungen, hat das seit 1993 angewandte Baukastensystem sein Verfallsdatum erreicht. Ausserdem ist der Status quo nicht nachhaltig. Er bedeutet Abschottung und riskiert die bestehende Zusammenarbeit zu stören. Daher muss der institutionelle Rahmen für die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU grundlegend überarbeitet werden. Er muss eine friedliche, solide und dauerhafte Beziehung ermöglichen.

Vor diesem Hintergrund wird seit einem Jahrzehnt über den Abschluss eines Rahmenabkommens nachgedacht, und wir brauchen dabei endlich sichtbare Fortschritte und Lösungen. Mit anderen Worten: **Es ist dringend notwendig, die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU zu sichern.** Ob es um den Zugang zum europäischen Binnenmarkt oder andere für die Schweiz wichtige Kooperationen geht, insbesondere in den Bereichen Wissenschaft und Forschung: **Ein Rahmenabkommen wird diese Sicherheit bringen** – auch wenn es für die Europa-Integration der Schweiz bloss ein Zwischenschritt ist.

Echte Souveränität

Es ist einerseits falsch, sich die Schweiz ausserhalb der EU vorzustellen. In Wirklichkeit liegt sie im Herzen der Institution, geografisch, aber auch wirtschaftlich, sozial und kulturell. Mit gemeinsamen Werten und Interessen, hunderttausenden von Menschen, die täglich die Grenze überschreiten, einer Milliarde Franken, die an jedem Arbeitstag ausgetauscht wird, ist die Schweiz tief in das Leben der EU eingebettet.

In einer vernetzten Welt sichert sich niemand seine Macht im Alleingang. Im Gegenteil, die Stärke eines Staates liegt in seiner Fähigkeit, Einfluss auszuüben, indem er seine Interessen in gemeinsamen Organen verteidigt. Andererseits gilt es, Souveränität und Isolation nicht zu verwechseln.

Angesichts dieser Erwägungen stellt sich für die Schweiz nicht die Frage, ob sie der EU beitreten soll, sondern welche Stellung sie in ihr einnehmen will – im Wissen, dass sie sich dieser Frage nicht entziehen kann. Der beste Status in einer Staatengemeinschaft ist es, mit Stimmrecht dort zu sitzen, wo Entscheidungen fallen. Die aktuelle Situation, wo Schweizerinnen und Schweizer in ihrem Alltag direkt von EU-Gesetzen betroffen, aber mangels Beitrittswillen ohne Stimme sind, ist ein Hohn für souveräne BürgerInnen. Solange die Schweiz nicht im Europäischen Parlament, in der Europäischen Kommission und im Rat der EU vertreten ist, hat sie keinen Einfluss auf die Entwicklung des europäischen Rechts, welches sie trotzdem nicht ignorieren kann. Mit anderen Worten: **Nur als Vollmitglied der EU kann die Schweiz ihre Souveränität wirklich stärken, nur so ermöglicht sie ihren BürgerInnen durch das europäische Stimmrecht eine vollständige demokratische Teilhabe.**

Solidarität mit der EU

Die EU wird von allen Seiten angegriffen. Im Inneren von populistischen Bewegungen und Regierungen (Italien, Ungarn, Polen, Tschechien, etc.). Von aussen durch die Rückkehr autoritärer Regimes und Ideologien (Trump, Putin, Erdogan), deren Gemeinsamkeit darin besteht, von einer Dekonstruktion der EU und einer Rückkehr zu den Nationalstaaten zu träumen.

In diesem Kampf bleibt die Schweiz passiv und kümmert sich nur um ihre wirtschaftlichen Interessen. Sie verhält sich, als ob sie weit ausserhalb der EU zuhause wäre, weit weg von ihrem Einfluss. Sie tut so, als sei die EU nicht gefährdet, und als ob es nur von der EU zu profitieren gelte. **Der Erfolg einer Schweiz inmitten Europas hängt jedoch sehr vom Fortkommen der EU ab.** Die Schweiz sollte deshalb aufhören, die EU als Gegnerin zu betrachten. Im Gegenteil, sie muss deren Existenz verteidigen und nach Kräften zu ihrem Erfolg beitragen. **Als tief europäisches Land hat die Schweiz sowohl die Pflicht als auch ein Interesse, sich mit der EU solidarisch zu zeigen.** Erst recht in einer Zeit, wo das Zusammenwirken auf unserem Kontinent und dessen gemeinsamer Werte vielerorts in Frage gestellt werden.

POLITISCHE VORSCHLÄGE

1. Verbesserung der Führung in der Europapolitik

Noch immer gibt es kein Rahmenabkommen mit der EU. Die Schweiz hat die langjährigen Verhandlungen nicht dazu genutzt, einen inneren Konsens über den möglichen Inhalt dieses Abkommens zu erzielen. Es scheint völlige Verwirrung zwischen den Parteien, den Sozialpartnern und den betroffenen BundesrätInnen zu herrschen. Das Ergebnis ist eine Blockade, die einem kollektiven Scheitern der Landesregierung gleichkommt. Die Nebs stellt fest, dass auch in den politischen Parteien klare Strategien und Visionen fehlen. Es ist schwierig zu durchschauen, was ihre wahren Absichten sind. Und es ist beunruhigend, wie untätig sie eine fortschreitende Abschottung der Schweiz hinnehmen.

Angesichts dieser Umstände fordert die Nebs:

- den Bundesrat auf, seiner Verantwortung gerecht zu werden und öffentlich zu bekräftigen, dass europäische Themen von grosser Bedeutung sind, da sie das Geschick der Schweiz beeinflussen.
- vom Bundesrat, das Kollegialitätsprinzip beim Thema Europa ernst zu nehmen, um einen effizienten Kurs, eine effiziente Strategie und wirksame Impulse zu ermöglichen.
- die Schweizer Parteien auf, ebenfalls Verantwortung zu übernehmen und ihre Standpunkte zu klären. Das Ziel ist ein dynamischer Konsens zur raschen Wiederbelebung der europäischen Integration der Schweiz.

2. Den Zugang zum europäischen Markt sicherstellen

Heute sind die Beziehungen der Schweiz zur EU wegen des fehlenden Rahmenabkommens nicht gesichert. Langfristig sind weder der Marktzugang noch die bestehende Zusammenarbeit gewährleistet. Der Status quo ist nicht nachhaltig, da er einer langsamen Erosion der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU gleichkommt. Deshalb ist die Vorstellung gefährlich, die Schweiz könne bis 2020 oder 2021 warten, um die eingefrorenen Verhandlungen wieder aufzunehmen. Nichts weist nämlich darauf hin, dass nach den EU- und Schweizer Parlamentswahlen 2019 das Zeitfenster für den Abschluss eines Rahmenabkommens noch offen, geschweige denn die Ausgangslage besser wäre als heute. Ebenso dürfte der Drittstaatenstatus, der derzeit von der EU überprüft wird, immer unvorteilhafter werden. Die Zeit für «massgeschneiderte» Produkte geht zu Ende.

Schliesslich haben wir uns in der Schweiz ständig mit isolationistischen und populistischen Initiativen auseinanderzusetzen. In diesem Umfeld besteht ohne einen starken Integrationsschub die Gefahr zunehmender Abschottung.

In dieser Lage vertritt die Nebs die Auffassung:

- dass der Bundesrat sich gemeinsam mit den Parteien entschieden gegen isolationistische Begehren zu wehren hat. Für die Regierung ist es sowohl riskant als auch verantwortungslos, sich wie bei der «Masseneinwanderungsinitiative» im Februar 2014 bloss auf die Zivilgesellschaft zu verlassen.
- dass die Schweiz die Verhandlungen intensivieren sollte, um so bald wie möglich ein Rahmenabkommen abzuschliessen, das ihren Zugang zum europäischen Markt sowie die bestehende oder künftige Zusammenarbeit mit der EU sichert. Die Nebs ist überzeugt, dass es dazu eine sozialpartnerschaftliche Lösung braucht.

3. (Wieder-)Aufnahme der Beitrittsdebatte

Aus verschiedenen Gründen ist es möglich, dass ein Rahmenabkommen nicht abgeschlossen werden kann oder für die betroffenen Partner nicht mehr von Interesse ist. In diesem Fall wird die Schweiz ihre Isolation nur mit einer EU-Vollmitgliedschaft umgehen können. Soll ein solches Szenario jedoch erfolgreich sein, erträgt es keine schlechte Vorbereitung wie vor der Europäischen Wirtschaftsraum (EWR)-Abstimmung 1992. Auch wenn ein Rahmenabkommen zustande kommt, wird dies nur ein Schritt auf dem Weg zur vollständigen EU-Integration der Schweiz sein. Denn langfristig wird nur die Mitgliedschaft es der Schweiz ermöglichen, ihre Interessen würdig und wirksam wahrzunehmen. Um die europäische Zukunft der Schweiz ruhig, ohne Vorurteile und Tabus anzugehen, muss die Debatte über den Beitritt schon jetzt eröffnet werden.

Angesichts dessen fordert die Nebs:

- den Bundesrat auf, in seiner aussenpolitischen Strategie, die EU-Mitgliedschaft von der einfachen Option in eine glaubwürdige Alternative zu einem Rahmenabkommen umzuwandeln.
- den Bund auf, Massnahmen zu ergreifen zur Evaluierung der Beitrittsfolgen und der verschiedenen Szenarien, die dazu führen könnten.
- die Parteien, die Medien und die Zivilgesellschaft auf, umgehend eine tabufreie Bürgerdebatte über den möglichen Beitritt der Schweiz zur EU einzuleiten und diese differenziert zu führen.

4. Evaluation der europäischen Beziehungen

Jedes Mal, wenn die Schweiz ein Hindernis in ihren komplexen Beziehungen zur EU überwunden hat, wird der Fall als abgeschlossen betrachtet, und die gewonnene Dynamik geht gleich wieder verloren. Es fehlt ein ernsthaftes Monitoring und eine kontinuierliche Bewertung der Beziehungen zur EU, die es ermöglichen würde, notwendige Anpassungen vorzusehen und strategisch zu reagieren. Insbesondere muss die Schweizer Europapolitik sich regelmässig fragen, welcher Status der Beste ist für ein Land im Zentrum Europas.

In diesem Sinne empfiehlt die Nebs:

- dass im Falle des Abschlusses eines Rahmenabkommens ein unabhängiges Monitoring seiner Auswirkungen durchgeführt wird, um die politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sozialen Vor- und Nachteile regelmässig zu bewerten.
- dass fünf Jahre nach Abschluss eine umfassende Überprüfung aufzeigen soll, ob der neue Status den Interessen der Schweiz entspricht und ob diese Bewertung bei negativen Ergebnissen erneut die Frage des Beitritts aufwirft. Denn nur eine Schweiz, die Vollmitglied der EU ist, wird ihre tatsächliche Souveränität wahren.

GESELLSCHAFTLICHE VORSCHLÄGE

5. Förderung europäischen Denkens

Das Wohlergehen der Schweiz hängt eng zusammen mit dem Erfolg der EU. Die Schweiz bezieht jedoch kaum Stellung in der Auseinandersetzung zwischen Populisten und dem Lager der Vernunft auf ihrem eigenen Kontinent. Die EU, von allen Seiten angegriffen, muss verteidigt werden. Die Schweiz, die tief europäisch ist, trägt kaum bei zur Verbreitung der europäischen Werte und der Union, welche diese verkörpert. Tatsächlich beschäftigt die europäische Frage die Schweiz nur in wirtschaftlicher Hinsicht – und punktuell anlässlich von Abstimmungen. Infolgedessen ist der Mangel an Wissen bei Schweizerinnen und Schweizern über Geschichte, Werte, Institutionen, Aktivitäten und Errungenschaften der EU erschütternd. Dies gilt auch für politische Kreise.

In Anbetracht dessen will die Nebs:

- den Bundesrat und die Bundesversammlung auffordern, den populistischen und nationalistischen Diskurs nicht einfach zu dulden, sondern ihm mutig zu begegnen und die Wichtigkeit einer offenen und kooperativen Welt aufzuzeigen.
- vorschlagen, dass der Bund mit seiner Informationspolitik den Multilateralismus unterstützt und den Bürgerinnen und Bürgern die Bedeutung eines integrierten Europas verdeutlicht.
- fordern, dass solche dauerhaften Bemühungen zur Information und Sensibilisierung über den Blickwinkel des wirtschaftlichen Nutzens hinausreichen – dies mit effizienter, nachhaltig finanzierter Kommunikationsarbeit.

6. Fake News bekämpfen

Bei internationalen Themen und europäischer Politik sind *Fake News* und Verschwörungstheorien sehr präsent und besonders giftig. Ohne mutigen und ständigen Kampf gegen Falschinformationen wird es der Schweiz schwerfallen, ihre europäische Integration zu gewährleisten – insbesondere, weil *Fake News* in der direkten Demokratie eine ganz spezielle Herausforderung darstellen. Zur Information über europäischen Themen gehört daher eine Politik zur Abwehr von Falschinformationen sowie die Unterstützung in diesem Bereich tätiger Medien.

Daher will die Nebs:

- das Parlament auffordern, Massnahmen zu prüfen, die den Bund zur Bekämpfung von *Fake News*, Falschinformationen und Verschwörungstheorien ermächtigen. Dies insbesondere mit dem Ziel, zum guten Funktionieren der direkten Demokratie beizutragen.
- das Parlament auffordern, Unterstützungsmassnahmen für Medien zu erwägen, die sich zur Bekämpfung von *Fake News* und Verschwörungstheorien verpflichten.
- die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) auffordern, ihre Anstrengungen gegen Fehlinformationen und gefälschte Nachrichten im Rahmen ihrer bestehenden Programme und durch gezielte Aktionen zu verstärken.

7. Schweizer Parlament und EU-Parlament verbinden

Im Jahr 2019 werden das Europäische Parlament und das Schweizer Parlament erneuert. Diese beiden Wahlen werden grossen Einfluss auf die Zukunft der Schweiz haben. Die Schweizer Bürgerinnen und Bürger können weder EU-Abgeordnete wählen noch an den Debatten über ihre Programme teilnehmen. Europäisches Recht wird sich jedoch infolge der starken Integration zunehmend auf das Schweizer Recht auswirken.

Im Allgemeinen sind Schweizerinnen und Schweizer über die Tätigkeit des Europäischen Parlaments zu wenig informiert, auch wenn sie davon direkt betroffen sind.

Angesichts dieser Tatsache will die Nebs:

- die schweizerischen politischen Parteien auffordern, nachzudenken über ihr Handeln im Rahmen der europäischen Parteienfamilien, denen sie angehören. Dies insbesondere über intensivere Beziehungen zu den europäischen Abgeordneten.
- vorschlagen, dass die politischen Parteien die Schweizer Stimmberechtigten über ihre Verbindungen zum EU-Parlament und die dort stattfindende Arbeit informieren. Dies insbesondere über ihre binationalen Mitglieder und ParlamentarierInnen, die ermutigt werden, eine europäische Vision ihres Handelns zu entwickeln.

8. Austausch mit den BürgerInnen über die Zukunft der EU

In ganz Europa diskutiert die Zivilgesellschaft über eine Neugründung oder einen Neustart des europäischen Projekts. Diese intensiven Debatten sind bedeutsam für die künftige Gestaltung unseres Kontinents. Ohne europäisches Stimmrecht und von diesen Debatten ausgeschlossen, nehmen die Schweizer

Bürgerinnen und Bürger nicht am Austausch über die Zukunft des Kontinents teil, obwohl sie direkt betroffen sind. Sich nicht in die europäische Zukunft einfühlen zu können, verengt den Blickwinkel der öffentlichen Meinung. Damit wird Europa als ein Schauspiel erlebt, das uns nicht betrifft.

Aus diesen Gründen fordert die Nebs:

- von der Zivilgesellschaft und den Wirtschaftsakteuren, die Organisation von Foren zu unterstützen, wo SchweizerInnen die Entwicklung der europäischen Integration erörtern und Vorschläge unterbreiten können.
- die Universitäten und akademischen Institute auf, Ausbildung, Forschung, Wissensproduktion und Debatten über europäische Fragen zu intensivieren.
- von Kantonen und Gemeinden, Bürgerdiskussionen über die Zukunft Europas im Sinne eines offenen und konkreten Austausches vor Ort zu unterstützen – insbesondere über das Netzwerk der europäischen Gemeinden und Städtepartnerschaften.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Beziehungen der Schweiz zu ihrer Nachbarschaft befinden sich in einer kritischen Phase. **Der Zugang der Schweiz zum europäischen Binnenmarkt und zu verschiedenen Institutionen der Zusammenarbeit ist heute nicht gewährleistet.** Fortschreitende Marginalisierung ist keine Option. Und der Status quo ist nicht nachhaltig, denn er bringt eine langsame Erosion unserer Abkommen mit der EU.

Die Schweiz muss daher unverzüglich wieder den Weg der Integration einschlagen. Zunächst muss eine institutionelle Vereinbarung gesucht werden, bevor das aktuelle Zeitfenster dazu endet. Es müssten Lösungen diskutiert werden, um die letzten Hindernisse zu überwinden. **Allerdings ist dies vor allem eine Frage des – derzeit unzureichenden – politischen Willens.**

In diesem Zusammenhang erwartet die Nebs, dass die Beitrittsdebatte konstruktiv und offen wiederbelebt wird. Konkret fordert die Nebs den Bundesrat auf, die EU-Mitgliedschaft im Rahmen seiner aussenpolitischen Strategie von einer einfachen Option in eine glaubwürdige Alternative umzuwandeln. Einerseits wird auch ein mögliches Rahmenabkommen nur einen Schritt auf dem Weg der Integration darstellen. Denn nur als Vollmitglied der EU wird die Schweiz ihre wahre Souveränität stärken. Andererseits wird die Frage des Beitritts wieder aktuell werden, wenn ein solches Abkommen scheitert. Deshalb müssen wir bereits jetzt über diese Lösung nachdenken.

Schliesslich ist der Erfolg einer Schweiz inmitten Europas direkt mit jenem der EU verbunden. Es ist daher unerlässlich, dass die Schweiz aufhört, die EU als Gegenspielerin zu betrachten – vielmehr sollte unser Land zu ihrem Fortkommen beitragen. Die systematische, unproduktive und unwürdige Verunglimpfung der EU muss ein Ende haben. **In einer Welt, wo Nationalismus, Populismus und autoritäre Regimes immer besorgniserregender werden, ist die Schweiz zur Solidarität mit Europa verpflichtet und soll die europäischen Werte, das europäische Gesellschaftsmodell unmissverständlich verteidigen.**

Neue Europäische Bewegung Schweiz (Nebs)

Scheibenstrasse 29
Postfach 481
3000 Bern 22
+41 31 302 35 36
info@europa.ch
www.europa.ch
Postkonto: 30-9024-9

   @namesnebs

 YouTube youtube.com/user/nebsnames

